

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Literaturverzeichnis .....	XXIX
1. Teil: Grundlagen .....	1
1. Kapitel: Allgemeines und besonderes Polizei- und Ordnungsrecht ..	1
A. Vom Polizeirecht zum Polizei- und Ordnungsrecht. ....	1
I. Polizeirecht als umfassende Gefahrenabwehr .....	1
II. Entpolizeilichung nach dem 2. Weltkrieg.....	1
III. Repolizeilichung der Gefahrenabwehr .....	2
B. Das Polizei- und Ordnungsrecht als Gegenstand der Gesetzgebung. ....	3
I. Art. 70 GG als grundsätzliche Kompetenzverteilung .....	3
II. Das Polizei- und Ordnungsrecht in den Katalogen der Art. 73 und 74 GG. ....	4
III. Das Polizei- und Ordnungsrecht als Annexkompetenz des Bundes. ....	4
IV. Das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht als Residualkompetenz der Länder .....	5
2. Kapitel: Ergänzungsfunktion des Polizei- und Ordnungsrechts bei spezialgesetzlicher Gefahrenabwehr .....	6
A. Verhältnis des Polizei- und Ordnungsrechts zum Spezialgesetz. ....	6
I. Maßnahmen der Ordnungsbehörde .....	6
1. Teilregelungen .....	6
2. Fehlende Befugnisnorm zur Durchsetzung von Verboten.....	7
3. Ungeregelter Gefahrentatbestand .....	7
II. Hilfsbefugnisse in Spezialgesetzen .....	8
1. Jugendschutz .....	8
2. Ausländerrecht. ....	8
3. Unterbringung zur Gefahrenabwehr .....	8
4. Gesundheitsrecht .....	8
5. Denkmalschutz .....	8
6. Beförderung gefährlicher Güter. ....	9
B. Befugnisse in den Polizeigesetzen .....	9
I. Prüfung von Berechtigungsscheinen .....	9
II. Datenerhebung und Datenverarbeitung zur Vorbereitung auf die Gefahrenabwehr. ....	9
C. Vollzugshilfeaufgaben in anderen Gesetzen. ....	10
2. Teil: Die Gebiete des besonderen Polizei- und Ordnungsrechts ..	11
1. Kapitel: Versammlungsrecht .....	11
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen.....	11
I. Gesetzgebungs Zuständigkeiten .....	11
1. Föderalismusreform .....	11

2. Stand der Gesetzgebung in den Ländern . . . . .	11
II. Grundrechtsschutz für die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit . . . . .	12
1. Grundlagen . . . . .	12
a) Versammlungsfreiheit . . . . .	12
b) Demonstrationsfreiheit . . . . .	12
2. Funktionen des Grundrechtsschutzes . . . . .	13
a) Abwehrrecht . . . . .	13
b) Leistungsrecht . . . . .	13
c) Beteiligungsrecht . . . . .	13
3. Rechtsschutzgarantie . . . . .	13
4. Umfang und Grenzen des Schutzbereichs . . . . .	14
a) Personaler Grundrechtsschutz . . . . .	14
aa) Grundrechtsberechtigte . . . . .	14
bb) Veranstaltung, Leitung und Teilnahme . . . . .	15
b) Sachlicher Schutzbereich . . . . .	15
aa) Umfang . . . . .	15
bb) Grundrechtliche Gewährleistungsschranken . . . . .	25
5. Eingriffe . . . . .	26
a) Versammlungsrecht . . . . .	26
b) Polizeirecht . . . . .	27
6. Verfassungsrechtliche Rechtfertigungen . . . . .	27
a) Schranken . . . . .	27
aa) Verfassungsumittelbare Gewährleistungsschranken . . . . .	27
bb) Vorbehaltsschranken . . . . .	28
cc) Immanente Schranken . . . . .	32
b) Schranken-Schranken . . . . .	32
7. Grundrechtsverpflichtete . . . . .	32
a) Träger von Hoheitsgewalt . . . . .	32
b) Privatpersonen . . . . .	33
c) Grundrechtsbindung von Eigentümern vormals öffentlicher Flächen . . . . .	33
B. Versammlungsrechtliche Grundlagen . . . . .	34
I. Die Versammlungsgesetze als Konkretisierungen der Versammlungsfreiheit . . . . .	34
II. Das Versammlungsrecht als Teilgebiet des Polizei- und Ordnungsrechts . . . . .	35
1. Systematik . . . . .	35
a) Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	35
b) Polizeipflichtigkeit . . . . .	35
c) Vollstreckung . . . . .	36
2. Polizeifestigkeit . . . . .	36
a) Gefahrenabwehr . . . . .	36
b) Strafverfolgung . . . . .	38
3. Verhältnis zum Polizei- und Ordnungsrecht . . . . .	40
a) Nichtöffentliche Versammlungen . . . . .	40
b) Vorfeldmaßnahmen . . . . .	40
c) Maßnahmen gegen interne Störungen . . . . .	42

C. Versammlungsgesetzliche Regelungen .....	43
I. Versammlungsbegriff .....	43
II. Versammlungsformen.....	44
1. Öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen.....	44
2. Versammlungen unter freiem Himmel und im geschlossenen Raum .....	44
3. Demonstrationen .....	45
4. Aufzüge .....	45
5. Sonderfall: Versammlung in einer Versammlung .....	47
6. Besondere Versammlungsformen.....	47
a) Straßentheater, Straßenfeste.....	47
b) Flashmob .....	47
c) Arbeitskampfmaßnahmen .....	48
III. Versammlungsbeteiligte .....	49
1. Veranstalter .....	49
2. Leiter mit Ordnern .....	49
3. Teilnehmer .....	50
4. Konflikte. ....	50
IV. Anmeldung, Anzeige .....	51
V. Kooperation .....	52
1. Bedeutung.....	52
2. Verfahrensrechtlicher Rahmen .....	53
3. Inhalt und Umfang .....	53
4. Phasen .....	53
5. Kooperation, Kooperationsobliegenheit .....	54
a) Inhalt und Bedeutung.....	54
b) Rechtsfolgen.....	54
aa) Verletzung der Kooperationspflichten durch die Versammlungsbehörde .....	54
bb) Verweigerte Kooperation.....	54
VI. Verbote .....	56
1. Störungsverbot.....	56
2. Waffenverbot.....	56
3. Uniform-, Militanz- und Einschüchterungsverbot .....	58
4. Schutzwaffen und Vermummung.....	60
a) Verfassungsmäßigkeit der Verbote .....	60
b) Verbot von Schutzwaffen .....	61
aa) Schutzwaffen im technischen Sinne .....	61
bb) Schutzwaffen im nichttechnischen Sinne.....	61
cc) Verbotene Handlungen .....	62
c) Vermummungsverbot.....	62
d) Ausnahmen .....	63
e) Befugnisse .....	63
5. Verbot von Versammlungen im Bannkreis .....	64
VII. Rechte des Leiters .....	64
1. Versammlungen in geschlossenen Räumen .....	64
2. Versammlungen unter freiem Himmel .....	65
VIII. Befugnisse von Versammlungsbehörde und Polizei .....	65
1. Versammlungen in geschlossenen Räumen .....	65
a) Entsendungs-, Anwesenheitsrecht.....	65
b) Verbot .....	67

c)	Bild- und Tonaufnahmen . . . . .	68
d)	Auflösung . . . . .	68
2.	Versammlungen unter freiem Himmel . . . . .	69
a)	Vor der Versammlung . . . . .	69
aa)	Verbot und beschränkende Verfügung . . . . .	69
bb)	Genehmigung der Verwendung von Ordnern .	77
cc)	Teilnahmeuntersagung. . . . .	78
dd)	Vorfeldmaßnahmen nach Polizeirecht . . . . .	79
b)	Während der Versammlung. . . . .	83
aa)	Entsendungs-, Anwesenheitsrecht . . . . .	83
bb)	Bild- und Tonaufnahmen . . . . .	85
cc)	Ausschließung von Teilnehmern . . . . .	88
dd)	Einschließung von Störergruppen . . . . .	89
c)	Am Ende der Versammlung. . . . .	90
aa)	Auflösung als Voll- und Teilauflösung/Be- schränkende Verfügung . . . . .	90
bb)	Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	91
cc)	Anwendungsfälle . . . . .	92
dd)	Zwingende Auflösung . . . . .	98
ee)	Bedeutung für Folgemaßnahmen. . . . .	98
d)	Nach der Versammlung . . . . .	98
aa)	Nachwirkung von Art. 8 Abs. 1 GG . . . . .	98
bb)	Mögliche Maßnahmen . . . . .	98
IX.	Pflichtige, Adressaten. . . . .	100
1.	Allgemeines . . . . .	100
2.	Versammlungsbeteilige als Adressaten . . . . .	101
a)	Veranstalter . . . . .	101
b)	Leiter. . . . .	101
c)	Teilnehmer . . . . .	101
3.	Weitere Adressaten . . . . .	102
a)	Potenzielle Teilnehmer . . . . .	102
b)	Veranstalter, Leiter und Teilnehmer von Gegende- monstrationen. . . . .	102
aa)	Echter Polizeilicher Notstand . . . . .	102
bb)	Unechter polizeilicher Notstand . . . . .	103
c)	Externe Störer. . . . .	104
X.	Zuständigkeiten . . . . .	104
XI.	Kosten. . . . .	106
XII.	Versammlungsstrafrecht . . . . .	106
1.	Allgemeines . . . . .	106
2.	Straftaten . . . . .	107
a)	Störungsverbot . . . . .	107
b)	Beeinträchtigungs- und Bedrohungsverbot . . . . .	108
c)	Aufforderungsverbot zur Teilnahme an verbotener Versammlung . . . . .	109
d)	Verbot der Verwendung bewaffneter Ordner . . . . .	109
e)	Verbot der abweichenden Durchführung von Ver- sammlungen und Aufzügen. . . . .	109
f)	Nichtbeachten von Auflagen . . . . .	110
g)	Verbot der Durchführung verbotener oder nicht- angemeldeter Versammlungen . . . . .	110

h)	Waffenverbot . . . . .	110
i)	Schutzwaffen- und Vermummungsverbot. . . . .	111
j)	Uniformverbot . . . . .	113
3.	Ordnungswidrigkeiten. . . . .	114
4.	Einziehung . . . . .	114
<b>2. Kapitel:</b>	<b>Öffentliches Vereinsrecht . . . . .</b>	<b>115</b>
A.	Verfassungsrechtliche Grundlagen – Die Vereinigungsfreiheit. . . . .	115
I.	Allgemeines . . . . .	115
II.	Schutzbereich . . . . .	116
1.	Personeller Schutzbereich. . . . .	116
2.	Sachlicher Schutzbereich . . . . .	117
a)	Begriff der Vereinigung. . . . .	117
aa)	Begriffsdefinition . . . . .	117
bb)	Parteien, Religions- und Weltanschauungs- gemeinschaften. . . . .	117
b)	Inhalt der Vereinigungsfreiheit. . . . .	117
aa)	„Entstehen“ . . . . .	117
bb)	„Bestehen“ . . . . .	117
cc)	Betätigungsfreiheit? . . . . .	118
dd)	Negative Vereinigungsfreiheit . . . . .	118
III.	Schranken . . . . .	119
1.	Allgemeines . . . . .	119
2.	Die Schranken des Art. 9 Abs. 2 GG im Einzelnen. . . . .	119
3.	Verfassungsimmanente Schranken . . . . .	119
4.	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz . . . . .	120
B.	Europarechtliche Bezüge . . . . .	120
C.	Überblick über die einfachgesetzlichen Regelungen . . . . .	121
I.	Gesetzliche Regelungen . . . . .	121
1.	Vereinsgesetz . . . . .	121
2.	Vereinsgesetz-Durchführungsverordnung . . . . .	121
3.	Ausführungsgesetze der Länder zum Vereinsgesetz. . . . .	121
III.	Polizeifestigkeit des Vereinsrecht . . . . .	121
D.	Vereinsverbote . . . . .	122
I.	Verbotsgründe . . . . .	122
1.	Die verfassungsrechtlich determinierten Verbotsgründe, § 3 Abs. 1 VereinsG . . . . .	122
a)	Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen . . . . .	122
aa)	„Strafgesetze“ . . . . .	122
bb)	„Zwecke, die Strafgesetzen zu wider laufen“ .	122
cc)	„Tätigkeiten, die Strafgesetzen zu wider laufen“ . . . . .	122
b)	Vereinigungen, die sich gegen die verfassungs- mäßige Ordnung oder den Gedanken der Völker- verständigung richten. . . . .	123
aa)	Verfassungsmäßige Ordnung . . . . .	123
bb)	Gedanken der Völkerverständigung. . . . .	124

2.	Zurechnung des Mitgliederverhaltens, § 3 Abs. 5 VereinsG . . . . .	124
a)	Zusammenhang zur Tätigkeit oder Zielsetzung des Vereins, § 3 Abs. 5 Nr. 1 VereinsG . . . . .	124
b)	Beruhen auf einer organisierten Willensbildung, § 3 Abs. 5 Nr. 2 VereinsG . . . . .	124
c)	Duldung durch den Verein, § 3 Abs. 5 Nr. 3 . . . . .	125
II.	Reichweite des Vereinsverbotes, § 3 Abs. 3 VereinsG. . . . .	125
III.	Ersatzorganisationen . . . . .	126
IV.	Ausländervereine und ausländische Vereine . . . . .	126
V.	Verbotsbehörden . . . . .	127
VI.	Das vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren . . . . .	127
1.	Das Verfahren . . . . .	127
2.	Ermittlungshilfe . . . . .	128
a)	Maßnahmen nach § 4 VereinsG. . . . .	129
b)	Informationshilfe. . . . .	129
aa)	Neuerhebung personenbezogener Daten. . . . .	129
bb)	Übermittlung bereits zu anderen (polizeilichen) Zwecken erhobener Daten. . . . .	130
E.	Vollzug von Vereinsverboten . . . . .	132
I.	Vollzugsmaßnahmen . . . . .	132
1.	Beschlagnahme. . . . .	132
2.	Sicherstellung. . . . .	132
3.	Vereinsvermögen . . . . .	132
4.	Sicherstellungsverfahren . . . . .	133
II.	Zuständigkeiten . . . . .	133
F.	Das vereinsrechtliche Kennzeichenverbot . . . . .	134
I.	Das Kennzeichenverbot . . . . .	134
II.	Sonderfall: „Kuttenverbote“ gegen Mitglieder von sog. Outlaw Motorcycle Gangs . . . . .	134
1.	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs . . . . .	135
2.	Die Reaktion des Gesetzgebers: Neufassung von § 9 Abs. 2 VereinsG . . . . .	135
3.	Allgemeine Erwägungen zu den sog. Kuttenverboten . . . . .	135
G.	Straftaten im Zusammenhang mit Vereinsverboten . . . . .	136
<b>3. Kapitel: Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzrecht</b>		136
A.	Hilfeleistungsrecht als Oberbegriff . . . . .	136
B.	Feuerwehrrecht . . . . .	137
I.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	137
1.	Baden Württemberg . . . . .	137
2.	Bayern . . . . .	137
3.	Berlin . . . . .	137
4.	Brandenburg . . . . .	137
5.	Bremen . . . . .	137
6.	Hamburg . . . . .	137
7.	Hessen . . . . .	137
8.	Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	137
9.	Niedersachsen . . . . .	138
10.	Nordrhein-Westfalen. . . . .	138
11.	Rheinland-Pfalz . . . . .	138

12.	Saarland . . . . .	138
13.	Sachsen. . . . .	138
14.	Sachsen-Anhalt . . . . .	138
15.	Schleswig-Holstein . . . . .	138
16.	Thüringen . . . . .	138
II.	Geschichte . . . . .	138
III.	Grundlagen . . . . .	140
1.	Begriff . . . . .	140
2.	Rechtsnatur und Dogmatik des Feuerwehrrechts . . . . .	140
a)	Rechtsnatur . . . . .	140
b)	Dogmatik. . . . .	140
3.	Rechtsnatur und Stellung der Feuerwehr . . . . .	141
a)	Rechtsnatur . . . . .	141
b)	Stellung . . . . .	142
aa)	Teil der Ordnungsverwaltung . . . . .	142
bb)	Verankerung der Freiwilligen Feuerwehren in Vereinen . . . . .	143
c)	Abgrenzung zur Polizei. . . . .	143
IV.	Feuerwehren. . . . .	143
1.	Öffentliche Feuerwehren . . . . .	143
a)	Freiwillige Feuerwehr. . . . .	143
aa)	Aufstellungspflicht . . . . .	143
bb)	Rechtscharakter und Bedeutung . . . . .	144
cc)	Personalkörper. . . . .	144
dd)	Struktur und Leitung . . . . .	145
b)	Pflichtfeuerwehr . . . . .	145
c)	Berufsfeuerwehr . . . . .	145
2.	Private Feuerwehren. . . . .	146
a)	Werkfeuerwehren . . . . .	146
b)	Betriebsfeuerwehren. . . . .	147
V.	Verwaltungs- und Durchführungsebenen. . . . .	147
VI.	Aufgaben. . . . .	148
1.	Brandschutz und Hilfeleistung . . . . .	148
a)	Rechtscharakter . . . . .	148
b)	Inhalte. . . . .	148
aa)	Brandschutz. . . . .	148
bb)	Hilfeleistung . . . . .	148
2.	Weitere Aufgaben. . . . .	151
a)	Vorbeugender Brandschutz . . . . .	151
b)	Mitwirkung im Rettungsdienst und Katastrophenschutz . . . . .	151
c)	Eiffallkompetenz . . . . .	152
d)	Amtshilfe . . . . .	152
VII.	Befugnisse . . . . .	152
1.	Abwehrender Brandschutz und Hilfeleistung. . . . .	152
a)	Allgemeines . . . . .	152
b)	Generalklausel . . . . .	152
aa)	Regelungen . . . . .	152
bb)	Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	153
c)	Ausübungsberechtigte . . . . .	156
d)	Spezialbefugnisse. . . . .	156

2. Vorbeugender Brandschutz . . . . .	157
VIII. Pflichtige Personen . . . . .	157
1. Allgemeines . . . . .	157
2. Verantwortlichkeiten im Polizei- und Ordnungsrecht . . . . .	158
a) Verhaltensverantwortlichkeit . . . . .	158
b) Zustandsverantwortlichkeit . . . . .	158
c) Notstandspflichtigkeit . . . . .	159
3. Pflichtige Personen im Feuerwehrrecht . . . . .	159
a) Fehlende dogmatische Struktur in den Feuerwehrgesetzen . . . . .	159
b) Pflichtige Personen im Feuerwehrrecht . . . . .	159
aa) Betroffene . . . . .	159
bb) Adressaten der Generalklausel . . . . .	159
IX. Verhältnismäßigkeit und Ermessen . . . . .	160
1. Verhältnismäßigkeit . . . . .	160
2. Ermessen . . . . .	161
X. Vollstreckung . . . . .	161
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	161
2. Ausübungsberechtigte . . . . .	162
XI. Kostenersatz . . . . .	162
1. Allgemeines . . . . .	162
2. Kostenregelungen in den Feuerwehrgesetzen . . . . .	162
C. Rettungsdienstrecht . . . . .	163
I. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	163
1. Baden-Württemberg . . . . .	163
2. Bayern . . . . .	163
3. Berlin . . . . .	163
4. Brandenburg . . . . .	163
5. Bremen . . . . .	163
6. Hamburg . . . . .	163
7. Hessen . . . . .	163
8. Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	164
9. Niedersachsen . . . . .	164
10. Nordrhein-Westfalen . . . . .	164
11. Rheinland-Pfalz . . . . .	164
12. Saarland . . . . .	164
13. Sachsen . . . . .	164
14. Sachsen-Anhalt . . . . .	164
15. Schleswig-Holstein . . . . .	164
16. Thüringen . . . . .	164
II. Geschichte und Bedeutung . . . . .	164
III. Rechtsnatur des Rettungsdienstrechts und des Rettungsdienstes . . . . .	165
1. Rettungsdienstrecht . . . . .	165
2. Rettungsdienst als Teil der Ordnungsverwaltung . . . . .	166
IV. Organisation . . . . .	166
1. Trägerschaft . . . . .	166
2. Durchführungsmodelle . . . . .	167
a) Einheitsmodell und duales System . . . . .	167
b) Submissions- und Konzessionsmodell . . . . .	167
3. Leitstellen und Rettungswachen . . . . .	167

4. Besondere Formen der Notfallrettung . . . . .	168
V. Aufgaben . . . . .	168
1. Notfallrettung . . . . .	168
a) Inhalt und Bedeutung. . . . .	168
b) Abgrenzungen. . . . .	168
aa) Ärztlicher Notdienst . . . . .	168
bb) Organisierte Erste Hilfe. . . . .	168
2. Krankentransport . . . . .	169
3. Versorgung einer größeren Anzahl Verletzter . . . . .	169
D. Katastrophenschutzrecht . . . . .	169
I. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	169
1. Katastrophenschutzgesetze der Länder . . . . .	169
a) Baden-Württemberg . . . . .	169
b) Bayern . . . . .	169
c) Berlin . . . . .	169
d) Brandenburg . . . . .	169
e) Bremen . . . . .	170
f) Hamburg . . . . .	170
g) Hessen . . . . .	170
h) Mecklenburg-Vorpommern . . . . .	170
i) Niedersachsen . . . . .	170
j) Nordrhein-Westfalen . . . . .	170
k) Rheinland-Pfalz . . . . .	170
l) Saarland . . . . .	170
m) Sachsen . . . . .	170
n) Sachsen-Anhalt . . . . .	170
o) Schleswig-Holstein . . . . .	170
p) Thüringen . . . . .	170
2. Gesetze des Bundes . . . . .	170
II. Geschichte und Bedeutung . . . . .	170
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	171
1. Katastrophenverfassungsrecht . . . . .	171
2. Gesetzgebungszuständigkeiten . . . . .	171
a) Bund . . . . .	171
b) Länder . . . . .	172
3. Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	172
IV. Grundlagen . . . . .	172
1. Begriff . . . . .	172
2. Rechtsnatur . . . . .	172
a) Gefahrenabwehrrecht . . . . .	172
b) Notstandsrecht . . . . .	173
3. Katastrophenschutzverantwortung . . . . .	173
4. Staatliche und kommunale Aufgabenerfüllung . . . . .	173
5. Katastrophenvorsorge und -bekämpfung . . . . .	173
V. Durchführung des Katastrophenschutzes . . . . .	174
1. Verfahren . . . . .	174
a) Feststellung des Katastrophenfalls . . . . .	174
b) Folgen der Feststellung . . . . .	174
aa) Änderungen der Zuständigkeiten . . . . .	174
bb) Entsperrung besonderer Befugnisse . . . . .	174

2.	Führungsorganisation und Krisenmanagement . . . . .	175
3.	Beteiligte . . . . .	175
	a) Katastrophenschutzbehörden . . . . .	175
	b) Polizei . . . . .	175
	c) Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) . . . . .	175
	d) Hilfsorganisationen . . . . .	175
	e) Helfer . . . . .	176
4.	Eingriffsmaßnahmen, Befugnisnormen . . . . .	176
VI.	Zukunft des Katastrophenschutzrechts . . . . .	176
<b>4. Kapitel:</b>	<b>Waffenrecht . . . . .</b>	<b>177</b>
A.	Waffen . . . . .	177
	I. Verhältnis zum allgemeinen Gefahrenabwehrrecht und zu anderen Gesetzen . . . . .	177
	II. Zuständigkeiten . . . . .	178
	1. Sachliche Zuständigkeit . . . . .	178
	a) Bundesbehörden . . . . .	178
	aa) Bundespolizei . . . . .	178
	bb) Zoll . . . . .	179
	cc) Bundeskriminalamt (BKA) . . . . .	179
	b) Landesbehörden . . . . .	179
	2. Örtliche Zuständigkeit . . . . .	182
	III. Regelungsgegenstand des WaffG . . . . .	182
	1. Gesetzesübersicht . . . . .	182
	2. Waffenbegriff . . . . .	183
	a) Waffengattungen . . . . .	183
	b) Schusswaffen . . . . .	183
	c) Gleichgestellte Gegenstände . . . . .	184
	d) Wesentliche Teile von Schusswaffen, Schalldämpfer . . . . .	184
	e) Unbrauchbar gemachte Schusswaffen (Dekorationswaffen) . . . . .	184
	f) Salutwaffen . . . . .	184
	g) Anscheinwaffen . . . . .	184
	h) Sonstige Vorrichtungen für Schusswaffen . . . . .	185
	i) Nachbildungen von Schusswaffen . . . . .	185
	j) Tragbare Gegenstände . . . . .	185
	k) Munition . . . . .	185
	3. Umgang mit Waffen oder Munition . . . . .	185
	a) Arten des Umgangs . . . . .	185
	b) Erwerb . . . . .	185
	c) Besitz . . . . .	186
	d) Überlassen . . . . .	186
	e) Führen . . . . .	186
	f) Verbringen . . . . .	186
	g) Mitnahme . . . . .	186
	h) Schießen . . . . .	186
	i) Herstellen von Waffen oder Munition . . . . .	186
	j) Bearbeiten, Instandsetzen einer Schusswaffe . . . . .	186
	k) Handeltreiben . . . . .	186
	4. Unanwendbarkeit des WaffG . . . . .	186

IV.	Erlaubnisvoraussetzungen . . . . .	187
1.	Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	187
a)	Systematik . . . . .	187
b)	Alterserfordernis . . . . .	187
c)	Zuverlässigkeit . . . . .	187
d)	Persönliche Eignung. . . . .	189
e)	Sachkunde . . . . .	190
f)	Bedürfnis . . . . .	191
g)	Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen . . . . .	193
h)	Haftpflicht . . . . .	193
2.	Erlaubnistatbestände für bestimmte Personengruppen . . . . .	193
a)	Jäger . . . . .	193
b)	Sportschützen . . . . .	194
c)	Brauchtumsschützen . . . . .	194
d)	Waffen- oder Munitionssammler . . . . .	194
e)	Waffen- oder Munitionssachverständige . . . . .	194
f)	Gefährdete Personen . . . . .	194
g)	Erben . . . . .	196
3.	Erlaubnistatbestände für Waffenherstellung, Waffenhandel, Schießstätten, Bewachungsunternehmen . . . . .	197
a)	Gewerbsmäßige Waffenherstellung und Waffenhandel . . . . .	197
b)	Schießstätten. . . . .	197
c)	Bewachungsunternehmen . . . . .	198
V.	Erlaubnisse. . . . .	198
1.	Erlaubnisbescheinigung . . . . .	198
2.	Waffenbesitzkarte . . . . .	199
a)	Arten der Waffenbesitzkarten (WBK) . . . . .	199
b)	Erwerbs- und Besitzfunktion . . . . .	200
c)	Anzeige- und Vorlagepflicht . . . . .	200
d)	Eintragungsmodalitäten . . . . .	200
e)	Gemeinsame Waffenbesitzkarte . . . . .	201
3.	Munitionserwerbsschein . . . . .	201
4.	Waffenschein . . . . .	202
5.	Kleiner Waffenschein . . . . .	204
6.	Schießerlaubnis . . . . .	205
7.	Rücknahme und Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse	206
VI.	Sorgfaltspflichten des Waffenbesitzers . . . . .	207
1.	Überlassen von Waffen, Munition, Handelsverbote . . . . .	207
2.	Aufbewahrung von Waffen, Munition . . . . .	208
3.	Nachweispflicht . . . . .	208
4.	Verdachtsunabhängige Kontrollen. . . . .	209
5.	Anzeigepflicht . . . . .	211
6.	Ausweispflicht . . . . .	211
VII.	Verbote . . . . .	212
1.	Verbotene Waffen. . . . .	212
2.	Waffenverbote im Einzelfall . . . . .	212
3.	Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen . . . . .	213

4. Verbot des Führens von Anscheinwaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen . . . . .	214
5. Verbot des Umgangs mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen . . . . .	215
VIII. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten . . . . .	215
IX. Einziehung . . . . .	216
1. Rechtsfolgen . . . . .	216
2. Obligatorische Einziehung . . . . .	217
3. Fakultative Einziehung . . . . .	217
4. Erweiterte Einziehungsmöglichkeit . . . . .	217
5. Prozessuale Sicherungsmaßnahmen . . . . .	217
B. Kriegswaffen . . . . .	218
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	218
II. Begriff der Kriegswaffen . . . . .	219
III. Genehmigung . . . . .	219
IV. Kriegswaffendelikte . . . . .	220
V. Einziehung . . . . .	220
C. Sprengstoff . . . . .	221
I. Regelungsgegenstand des Sprengstoffgesetzes . . . . .	221
II. Anwendungsbereich . . . . .	221
<b>5. Kapitel: Ausländer- und Asylrecht . . . . .</b>	<b>221</b>
A. Ausländerrecht . . . . .	221
I. Begriffsklärung . . . . .	221
1. Ausländerrecht als Sonderrecht . . . . .	221
2. Aufenthaltsrecht (AufenthG) . . . . .	222
3. Ausländerkategorien . . . . .	222
a) Asylbewerber . . . . .	222
b) Flüchtling . . . . .	222
c) Kontingentflüchtling . . . . .	222
d) Subsidiär schutzberechtigte Personen . . . . .	222
e) Drittstaatsangehörige . . . . .	223
4. Privilegierte Ausländer . . . . .	223
a) Diplomaten . . . . .	223
b) Unionsbürger . . . . .	223
c) EFTA-Staaten . . . . .	223
d) Sonderregelungen durch zwischenstaatliche oder internationale Abkommen . . . . .	223
II. Einreise und Aufenthalt eines Ausländers . . . . .	224
1. Rechtsquellen . . . . .	224
2. Pass- und Ausweispflicht . . . . .	224
3. Aufenthaltstitel . . . . .	225
a) Rechtscharakter von Visum und Aufenthaltstitel . .	225
b) Visum . . . . .	226
aa) Visum-Kategorien . . . . .	226
bb) Schengen-Visum . . . . .	226
cc) Flughafentransitvisum . . . . .	227
dd) Nationales Visum . . . . .	227
c) Aufenthaltserlaubnis . . . . .	227
d) Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche . . . . .	228
e) Blaue Karte EU . . . . .	228

f)	Niederlassungserlaubnis . . . . .	228
g)	Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU . . . . .	228
h)	Fiktionsbescheinigung . . . . .	228
4.	Ausüben einer Erwerbstätigkeit . . . . .	229
5.	Erteilungsvoraussetzungen und Aufenthaltszweck . . . . .	229
6.	Wohnsitzauflagen . . . . .	229
III.	Die humanitäre Aufnahme von Ausländern (§§ 22 ff. AufenthG) . . . . .	230
IV.	Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§ 25 AufenthG) . . . . .	232
1.	Politisch Verfolgte . . . . .	232
2.	Flüchtlingseigenschaft . . . . .	232
3.	Subsidiärer Schutz . . . . .	232
4.	Abschiebungsverbote . . . . .	232
5.	Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Zweck . . . . .	233
6.	Aufenthaltserlaubnis für Zeugen im Strafverfahren . . . . .	234
7.	Aufenthaltserlaubnis bei Unmöglichkeit der Ausreise . . . . .	234
V.	Aufenthaltsbeendigung . . . . .	235
1.	Ausreisepflicht . . . . .	235
a)	Vollzug der Ausreisepflicht . . . . .	235
b)	Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung in Fahndungshilfsmitteln der Polizei und Festnahme . . . . .	235
2.	Ausweisung . . . . .	236
a)	Der Grundtatbestand in § 53 Abs. 1 AufenthG . . . . .	236
aa)	Normstruktur . . . . .	237
bb)	Berücksichtigung der Rechtstreue des Ausländers . . . . .	237
cc)	Verhältnismäßigkeit: Berücksichtigung von Art. 6 GG . . . . .	238
b)	Ausweisungsinteresse . . . . .	238
c)	Bleibeinteresse . . . . .	239
d)	Überwachung der Ausreise . . . . .	240
e)	Elektronische Aufenthaltsüberwachung . . . . .	240
3.	Zurückschiebung über Schengenaußengrenze . . . . .	241
a)	EU-Rückführungsrichtlinie . . . . .	241
b)	Zurückschiebung bei illegaler Einreise über eine Grenze . . . . .	242
c)	Zurückschiebung bei Rückübernahmevereinbarung . . . . .	242
d)	Zurückschiebung bei Zuständigkeit eines anderen Dublin-Staates . . . . .	243
e)	Zurückschiebungshaft . . . . .	244
f)	Zurückschiebungsverbote . . . . .	244
g)	Wirkungen der Zurückschiebung . . . . .	245
h)	Zuständigkeiten . . . . .	245
4.	Zurückweisung . . . . .	246
5.	Abschiebung . . . . .	246
a)	Abschiebungsvoraussetzungen . . . . .	246
b)	Überwachung der Ausreise . . . . .	248
c)	Abschiebungsbeschränkungen . . . . .	248
d)	Abschiebungsanordnung durch oberste Landesbehörde . . . . .	248

e)	Abschiebungsandrohung . . . . .	250
f)	Abschiebungsverbote . . . . .	250
g)	Abschiebehaft . . . . .	251
	aa) Abschiebehaft als gefahrenabwehrende Maßnahme . . . . .	251
	bb) Vorbereitungshaft . . . . .	251
	cc) Sicherungshaft . . . . .	252
	dd) Unzulässigkeit der Sicherungshaft . . . . .	253
	ee) Dauer . . . . .	253
	ff) Vorläufige Ingewahrsamnahme zur Sicherung der Abschiebehaft . . . . .	254
h)	Vollzug der Abschiebungshaft . . . . .	255
i)	Abschiebehaft und Strafverfahren . . . . .	255
j)	Ausreisegefahrensam . . . . .	255
k)	Durchsuchungsanordnung zur Ermöglichung der Abschiebung . . . . .	256
VI.	Duldung . . . . .	256
VII.	Verbot der Einreise und des Aufenthaltes . . . . .	259
	1. Einreise- und Aufenthaltsverbote . . . . .	259
	2. Betretenserlaubnis . . . . .	259
VIII.	Aufgaben und Befugnisse . . . . .	260
	1. Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden . . . . .	260
	2. Zuständigkeit der Bundespolizei nach dem AufenthG . . . . .	261
	3. Zuständigkeit der Polizeien nach dem AufenthG . . . . .	261
	a) Zurückschiebung . . . . .	262
	b) Durchsetzung der Verlassenspflicht . . . . .	262
	c) Durchführung der Abschiebung . . . . .	262
	d) Festnahme und Beantragung der Haft . . . . .	263
	e) Ausschreibung in Fahndungshilfsmitteln . . . . .	264
	f) Ausweisrechtliche Maßnahmen . . . . .	264
	aa) Allgemeines . . . . .	264
	bb) Durchsuchung . . . . .	267
	cc) Auslesen von Datenträgern . . . . .	269
	dd) Erhebung von Zugangsdaten . . . . .	269
	ee) Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .	270
	ff) Altersfeststellung . . . . .	271
	gg) Tonaufnahmen . . . . .	272
	hh) Erfassung in Aufgrifffällen . . . . .	272
	g) Mitteilungspflichten . . . . .	272
	aa) Ausländerbehörde . . . . .	272
	bb) Fundpapier-Datenbank . . . . .	273
	h) Vollzugshilfe bei Abschiebung . . . . .	273
IX.	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG . . . . .	274
	1. Straftaten . . . . .	274
	2. Pönalisierungsverbot . . . . .	276
	a) Persönlicher Strafaufhebungsgrund . . . . .	276
	b) Voraussetzungen der Straffreiheit . . . . .	277
	aa) Unmittelbarkeit der Einreise . . . . .	277
	bb) Unverzüglichkeit der Meldung . . . . .	277
	cc) Ersteckung der Straffreiheit auf Begleitdelikte .	278

3. Einziehung . . . . .	278
4. Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG . . . . .	278
5. Verwaltungsakzessorietät . . . . .	279
B. Asylrecht . . . . .	279
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	280
1. Das Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG). . . . .	280
a) Schutzbereich . . . . .	280
aa) Staatliche Verfolgung . . . . .	280
bb) Asylerhebliche Merkmale. . . . .	280
cc) Verfolgungsgefahr. . . . .	280
dd) Gezielte Rechtsverletzung, Intensität . . . . .	281
ee) Eigene Verfolgung . . . . .	281
ff) Kausalität . . . . .	281
b) Einschränkungen. . . . .	281
aa) Sicherer Drittstaat (Art. 16a Abs. 2 GG, § 26a i. V. m. Anlage I AsylG) . . . . .	281
bb) Sicherer Herkunftsstaat (Art. 16a Abs. 3 GG, § 29a i. V. m. Anlage II AsylG) . . . . .	282
2. Verfassungspflicht zu wirksamem Grenzschutz durch die Drittstaatenregelung des Art. 16a Abs. 2 GG . . . . .	282
3. Festlegung von „Obergrenzen“? . . . . .	283
II. Anerkennungsgründe (Schutzstatus) . . . . .	283
1. Flüchtlingseigenschaft (§ 3 Abs. 1 AsylG) – Konventionsflüchtlinge . . . . .	284
a) Verfolgungshandlungen . . . . .	284
b) Verfolgungsgründe . . . . .	284
c) Verfolgungsakteure . . . . .	285
d) Schutzakteure . . . . .	285
e) Interner Schutz . . . . .	285
f) Ausschlussgründe . . . . .	285
g) Umfang der Rechtsstellung . . . . .	285
2. Subsidiärer Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG) . . . . .	286
3. Nationaler subsidiärer Schutz (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) . . . . .	287
a) Abschiebungsschutz nach EMRK (§ 60 Abs. 5 AufenthG) . . . . .	287
b) Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG . . . . .	288
4. Abschiebung trotz Verfolgung . . . . .	289
5. Passberechtigung . . . . .	289
a) Reiseausweis für Flüchtlinge . . . . .	289
b) Ausweisersatz . . . . .	289
III. Kirchenasyl . . . . .	289
1. Allgemeines . . . . .	289
2. Staatliches Eindringen in Kirchenräume . . . . .	291
3. Abschiebungshaft bei Kirchenasyl . . . . .	291
IV. Durchführung des Asylverfahrens . . . . .	291
1. Zuständigkeiten . . . . .	291
a) Dublin-Verfahren . . . . .	291
b) Zurückschiebung bei unerlaubter Einreise aus sicherem Drittstaat . . . . .	294
c) Eurodac-Datenbank . . . . .	295

2.	Asyl: Antrag, Ersuchen und Verfahren . . . . .	296
a)	Asyldienstleistungen . . . . .	296
b)	Verfahrenskonzentration beim BAMF . . . . .	298
c)	Sachverhaltsaufklärung . . . . .	299
3.	Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung . . . . .	300
a)	Ausschreibung . . . . .	300
b)	Ausländerzentralregister (AZR) . . . . .	300
c)	Zuständigkeit . . . . .	300
4.	Mitwirkungspflichten des Asylbewerbers . . . . .	301
5.	Auswertung von Datenträgern . . . . .	301
6.	Asylantrag nach unerlaubter Einreise . . . . .	302
7.	Aufenthaltsbestätigung . . . . .	302
8.	Folgeantrag nach erfolglos abgeschlossenem Asylverfahren . . . . .	303
9.	Zweitantrag nach erfolglos abgeschlossenem Asylverfahren in einem sicheren Drittstaat . . . . .	304
10.	Flughafenverfahren (§ 18a AsylG) . . . . .	304
11.	Unterbringung und Versorgung Asylsuchender . . . . .	304
12.	Residenzpflicht (Räumliche Beschränkung) . . . . .	305
	a) Während des Aufenthaltes in Aufnahmeeinrichtung	305
	b) Nach Wohnpflicht in Aufnahmeeinrichtung . . . . .	306
13.	Erwerbstätigkeit . . . . .	307
	a) Während des Aufenthaltes in Aufnahmeeinrichtung	307
	b) Nach Wohnpflicht in Aufnahmeeinrichtung . . . . .	307
14.	Wohnsitzauflage . . . . .	308
15.	Wohnungsnahme . . . . .	308
16.	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge . . . . .	308
17.	Wahrung der Familieneinheit . . . . .	309
18.	Familienasyl, Familienflüchtlingschutz . . . . .	309
19.	Leistungen an Asylbewerber (AsylbLG) . . . . .	309
	a) Leistungsberechtigung . . . . .	309
	b) Leistungseinschränkungen . . . . .	310
	c) Sicherheitsleistung . . . . .	310
20.	Beschleunigte Verfahren . . . . .	311
V.	Versagung des Schutzstatus . . . . .	311
VI.	Ende des Asylstatus und weiterer Rechtsstellungen . . . . .	313
1.	Erlöschen der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft . . . . .	313
2.	Widerruf der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft . . . . .	313
3.	Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft . . . . .	314
VII.	Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei im Asylverfahren .	314
1.	Asyldienstleistungen . . . . .	314
2.	Nachsuchen um Asyl aus Polizeigewahrsam . . . . .	315
3.	Weiterleitung an Aufnahmeeinrichtung . . . . .	315
4.	Identitätssicherung, Erkennungsdienstliche Maßnahmen .	317
5.	Durchsuchung und Sicherstellung . . . . .	318
	a) Inverwahrungnahme von Unterlagen und deren Weiterleitung . . . . .	318
	b) Durchsuchung . . . . .	318

6.	Weiterleitung von Unterlagen . . . . .	318
7.	Einreiseverweigerung, Zurückschiebung durch Bundespolizei . . . . .	318
a)	Zurückweisungsverbot . . . . .	318
b)	Einreiseverweigerungsgründe des § 18 Abs. 2 AsylG . . . . .	318
aa)	Einreise aus sicherem Drittstaat . . . . .	318
bb)	Zuständigkeit anderer Dublin-Staaten . . . . .	319
cc)	Gefahr für die Allgemeinheit . . . . .	320
dd)	Einreiseverweigerung und Flüchtlingskrise . . . . .	320
c)	Zurückschiebung . . . . .	322
d)	Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .	322
8.	Durchsetzung der räumlichen Beschränkung (§ 59 AsylG) . . . . .	323
9.	Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten . . . . .	323
10.	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AsylG. . . . .	324
a)	Straftaten . . . . .	324
b)	Ordnungswidrigkeiten . . . . .	324
<b>6. Kapitel Luftsicherheitsrecht . . . . .</b>		<b>324</b>
A.	Grundlagen . . . . .	324
I.	Luftsicherheitsrecht als besonderes Gefahrenabwehrrecht . . . . .	324
II.	Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	324
III.	Verhältnis zum allgemeinen Polizeirecht . . . . .	325
IV.	Regelungssystematik und Zuständigkeiten . . . . .	325
1.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	325
a)	Luftverkehrsgesetz (LuftVG) . . . . .	325
b)	Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) . . . . .	325
c)	Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) . . . . .	326
d)	Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) . . . . .	326
2.	Zuständigkeitsverteilung nach dem LuftSiG . . . . .	327
a)	Zuständigkeit der Luftsicherheitsbehörde . . . . .	327
b)	Zuständigkeiten der Bundespolizei . . . . .	327
B.	Gefahrenabwehr nach dem Luftsicherheitsgesetz . . . . .	327
I.	Gesetzliche Aufgaben . . . . .	327
II.	Einzelbefugnisse . . . . .	328
1.	Luftsicherheitsbörsen . . . . .	328
a)	Generalklausel . . . . .	328
b)	Besondere Befugnisse . . . . .	328
c)	Beleihung privater Sicherheitsdienstleister . . . . .	329
2.	Luftfahrzeugführer . . . . .	329
3.	Bundespolizei . . . . .	330
III.	Renegade Flüge: Unterstützung und Amtshilfe durch die Streitkräfte . . . . .	331
1.	Einsatzkonstellationen und Anordnungskompetenz . . . . .	331
2.	Zulässige Maßnahmen . . . . .	331
<b>7. Kapitel: Gewerberecht . . . . .</b>		<b>332</b>
A.	Gewerberecht . . . . .	332
I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	332

II.	Gewerberecht und allgemeines Polizeirecht . . . . .	333
III.	Allgemeines Gewerberecht . . . . .	334
	1. Gewerberecht als Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	334
	2. Begriff des Gewerbes. . . . .	335
	a) Bestimmung des Gewerbebegriffs. . . . .	335
	b) Positive Merkmale des Gewerbebegriffs . . . . .	336
	c) negative Merkmale des Gewerbebegriffs . . . . .	338
	2. Gewerbeanmeldung (Anzeigepflicht) . . . . .	339
	3. Gewerbliche Genehmigung. . . . .	339
	4. Gewerbeuntersagung. . . . .	340
IV.	Stehendes Gewerbe . . . . .	340
	1. Anzeigepflicht . . . . .	340
	2. Besondere Genehmigungsbedürftigkeit. . . . .	340
	a) Verbote mit Erlaubnisvorbehalt . . . . .	340
	b) Pfandleihgewerbe . . . . .	341
	c) Bewachungsgewerbe . . . . .	341
	3. Überwachungsbefugnisse . . . . .	343
	a) Auskunft und Nachschau . . . . .	343
	b) Betreten zur Betriebs- und Geschäftszeit . . . . .	344
	c) Betreten außerhalb der Betriebs- und Geschäftszeit .	345
	4. Die Gewerbeuntersagung bei erlaubnisfreiem Gewerbe. .	345
	a) Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit . . .	345
	b) Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung . . . . .	346
	c) Adressaten der Gewerbeuntersagung . . . . .	347
	d) Wiedergestaltung und Stellvertretererlaubnis . . .	347
	5. Die Verhinderung der weiteren Gewerbeausübung bei erlaubnispflichtigen Gewerben . . . . .	347
V.	Reisegewerbe . . . . .	348
	1. Begriff . . . . .	348
	2. Reisegewerbekarte (§ 55 Abs. 2 GewO) . . . . .	351
	a) Erlaubnispflicht. . . . .	351
	b) Reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten. . . . .	353
	3. Anzeigepflicht (§ 55c GewO) . . . . .	355
	4. Sonn- und Feiertage . . . . .	355
	5. Verböte Tätigkeiten . . . . .	356
	6. Ankündigung des Gewerbebetriebes, Wanderlager . . .	357
	7. Versagung der Reisegewerbekarte . . . . .	358
	8. Mitführen und Vorzeigen der Reisegewerbekarte . . .	358
	9. Zuständigkeit zur Kontrolle von Reisegewerbekarten .	359
	10. Verletzung von Vorschriften über das Reisegewerbe (§ 145 GewO) . . . . .	359
VI.	Marktgewerbe . . . . .	361
VII.	Zuständigkeiten . . . . .	361
B.	Gaststättenrecht . . . . .	362
	I. Verfassungsrechtliche Grundlagen . . . . .	362
	II. Begriff des Gaststättengewerbes . . . . .	362
	1. Schank- und/oder Speisewirtschaft . . . . .	362
	2. Tätigkeit im Reisegewerbe . . . . .	363
	3. Öffentlichkeit . . . . .	363
	4. Ausnahmen vom Anwendungsbereich des GastG. . . . .	364
	III. Erlaubnispflicht. . . . .	364

IV.	Gaststättenerlaubnis (Vollkonzession) . . . . .	365
1.	Inhalt . . . . .	365
2.	Voraussetzungen die Erteilung der Erlaubnis. . . . .	365
a)	Zuverlässigkeit . . . . .	365
b)	Räumliche Anforderungen . . . . .	366
c)	Versagungsgründe . . . . .	366
d)	Widersprechendes öffentliches Interesse . . . . .	366
e)	Fehlender Unterrichtungsnachweis . . . . .	366
3.	Auflagen . . . . .	366
4.	Besondere Arten der Gaststättenerlaubnis, Weiter-führungsrecht . . . . .	367
a)	Stellvertretungserlaubnis . . . . .	367
b)	Weiterführungsprivileg, vorläufige Gaststätten-erlaubnis . . . . .	367
c)	Gestattung . . . . .	367
5.	Verlust der Gaststättenerlaubnis . . . . .	367
a)	Gesetzliche Verlustgründe . . . . .	367
b)	Fristablauf . . . . .	367
c)	Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis . . . . .	367
6.	Gewerbeuntersagung . . . . .	369
7.	Ausübungsregelungen . . . . .	369
a)	Nebenleistungen . . . . .	369
b)	Ausschank alkoholfreier Getränke . . . . .	369
c)	Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke . . . . .	369
d)	Allgemeine Verbote . . . . .	369
e)	Beschäftigung unzuverlässiger Personen . . . . .	370
8.	Auskunfts- und Nachschaurecht . . . . .	370
a)	Auskunftspflicht . . . . .	370
b)	Betretungs-, Besichtigungs- und Prüfrecht . . . . .	371
c)	Zuständigkeiten . . . . .	372
9.	Sperrzeitrecht . . . . .	373
10.	Bußgeldrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit des Gastwirts . . . . .	375
11.	Zuständigkeit und Verfahren . . . . .	375
12.	Rechtsschutz . . . . .	376
a)	Rechtsschutz des Antragstellers bzw. des Gastwirts . . . . .	376
b)	Nachbarrechtsschutz . . . . .	376
c)	Sonstiger Drittschutz . . . . .	377
C.	Güterkraftverkehrsrecht . . . . .	377
D.	Handwerksrecht . . . . .	378
3. Teil:	Gefahrenabwehr und neue Medien . . . . .	381
1. Kapitel:	Informationsgewinnung zur Gefahrenabwehr . . . . .	382
A.	Zugriff auf „jedermann“ zugängliche Inhalte . . . . .	382
B.	Zugriff auf bestimmten Personengruppen vorbehaltene Inhalte . . . . .	383
I.	Eingriffsqualität der Maßnahmen. . . . .	383
1.	Durch die Anonymität der Beteiligten geprägte Kommunikation . . . . .	383

2.	Durch persönliche Beziehungen geprägte Kommunikation . . . . .	383
II.	Rechtsgrundlagen . . . . .	384
1.	Abgrenzung „Nicht offen ermittelnde Polizeibeamte“ (NoeP) – Verdeckte Ermittler . . . . .	384
2.	Einsatz von Vertrauenspersonen . . . . .	385
C.	Informationsgewinnung durch Manipulation informationstechnischer Systeme . . . . .	386
I.	Online-Durchsuchung . . . . .	386
1.	Begriff und Funktionsweise . . . . .	386
2.	Grundrechtsschutz . . . . .	386
3.	Erforderliche Eingriffsschwellen . . . . .	387
4.	Prozeduraler Grundrechtsschutz . . . . .	388
a)	Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung .	388
b)	Richtervorbehalt und weitere Verfahrensvorkehrungen . . . . .	388
5.	Rechtsgrundlagen . . . . .	388
a)	Bund . . . . .	388
b)	Länder . . . . .	389
II.	Quellentelekomunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) . . . . .	389
1.	Begriff und Funktionsweise . . . . .	389
2.	Abgrenzung zur Online-Durchsuchung . . . . .	389
a)	Anforderungen an die Funktionalität eingesetzter Software . . . . .	390
b)	Rechtliche Schutzvorkehrungen . . . . .	390
3.	Installation der Überwachungssoftware . . . . .	390
4.	Rechtsgrundlagen . . . . .	391
a)	Bund . . . . .	391
b)	Länder . . . . .	391
D.	Filterung von Datenströmen . . . . .	391
I.	Überwachung des Surfverhaltens mit Unterstützung des Providers . . . . .	391
1.	Begriff und Funktionsweise . . . . .	391
2.	Zulässigkeit der Maßnahme . . . . .	392
II.	Die strategische Überwachung des Fernmeldeverkehrs . . . . .	394
1.	Begriff und Funktionsweise . . . . .	394
2.	Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	394
a)	Überwachungsgegenstand . . . . .	394
b)	Überwachungsmodi . . . . .	395
c)	Überwachungsumfang . . . . .	395
d)	Verwendung und Speicherung der gewonnenen Informationen . . . . .	396
E.	Nutzung von „Big data“ Anwendungen zur Gefahrenvorsorge – Predictive Policing . . . . .	396
I.	Begriff und Funktionsweise . . . . .	396
II.	Rechtliche Fragestellungen . . . . .	397
<b>2. Kapitel:</b>	<b>Entfernung und Sperrung rechtswidriger Inhalte im Internet . . . . .</b>	<b>399</b>
A.	Überblick . . . . .	399
B.	Der rechtliche Rahmen . . . . .	401

I.	Spezialgesetzliche Regelungen für Telemediendienste . . . . .	401
II.	Bestimmungen des Staatsvertrages für Rundfunk und Telemedien . . . . .	401
1.	Spezielle Verpflichtungen der Telemedienanbieter . . . . .	401
2.	Einhaltung der „verfassungsmäßigen Ordnung“ und der „allgemeinen Gesetze“ . . . . .	401
3.	Eingriffsbefugnisse, § 59 Abs. 3, 4 RStV . . . . .	402
a)	Die Generalklausel des § 59 Abs. 3 RStV . . . . .	402
b)	Nachrangige Inanspruchnahme des Host- und Access-Providers, Art. 59 Abs. 4 RStV . . . . .	402
c)	Zuständigkeiten . . . . .	403
aa)	Zuständigkeit der Landesmedienanstalten . . . . .	403
bb)	Gesetzgeberische Friktionen . . . . .	404
cc)	Parallelzuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden . . . . .	404
III.	Regelungen im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und im Glücksspielstaatsvertrag . . . . .	405
IV.	Entfernungs- und Sperrungsverfügungen auf Grundlage der ordnungsbehördlichen/polizeilichen Generalklauseln . . . . .	406
1.	Zuständigkeitsfragen . . . . .	406
a)	Örtliche und internationale Zuständigkeit . . . . .	406
b)	Kein Verweis des Geschädigten auf den Privat- rechtsweg . . . . .	406
2.	Rückgriff auf die Befugnisgeneralklauseln . . . . .	407
a)	Entfernungs-/Löschungsverfügungen . . . . .	407
b)	Sperrungsverfügungen . . . . .	407
3.	Störerauswahl . . . . .	408
a)	Keine Anwendung der Haftungsprivilegierung des TMG . . . . .	408
b)	Vorrangige Inanspruchnahme des Handlungs- störeres . . . . .	408
c)	Inanspruchnahme des sog. Host-Providers . . . . .	408
d)	Ultima ratio: Inanspruchnahme des Access-Provi- ders . . . . .	409
4.	Verhältnismäßigkeit von Sperrungsverfügungen gegen Access-Provider . . . . .	409
a)	Sperrung als Zugangser schwerung . . . . .	409
b)	Technische Möglichkeiten der Zugangser schwerung . . . . .	409
aa)	DNS-Sperre . . . . .	410
bb)	IP-Adress-Sperre . . . . .	410
cc)	Einsatz von Inhaltsfiltern (Proxy-Server) . . . . .	410
c)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	411
aa)	Geeignetheit . . . . .	411
bb)	Erforderlichkeit . . . . .	411
cc)	Angemessenheit . . . . .	411
C.	Indienstnahme Privater nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz . .	412
I.	Inhalt und Gegenstand der gesetzlichen Regelung . . . . .	412
II.	Verfassungsrechtliche Bedenken . . . . .	413
1.	Keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	413
2.	Verstoß gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 GG . . . . .	413

<b>3. Kapitel: Polizeiliche Aufgabenerfüllung mit Hilfe neuer Medien . . .</b>	<b>414</b>
A. Behördliche Öffentlichkeitsarbeit . . . . .	414
I. Allgemeines . . . . .	414
II. Öffentlichkeitsarbeit über soziale Netzwerke . . . . .	415
1. Praktischer Bedarf . . . . .	415
2. Rechtsfragen . . . . .	416
a) Datenschutz . . . . .	416
b) Recht der Telemedien. . . . .	417
B. Staatliche Warnungen und sonstige Informationen. . . . .	417
C. Öffentlichkeitsfahndung . . . . .	419
<b>Anhang . . . . .</b>	<b>421</b>
1. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte . . . . .	421
2. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte . . . . .	423
3. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte . . . . .	424
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>427</b>